



Petra Merkel, MdB

Newsletter *** Newsletter *** Newsletter

Ausgabe: 09/2006

Aus dem Bundestag

Letzte Woche wurde im Plenum die erste Lesung des Bundeshaushalts 2007 gehalten. Es ist der zweite gemeinsame Haushalt der Großen Koalition, den wir damit auf den Weg bringen. Mit dem ersten Haushalt, den wir im Juni 2006 beschlossen haben, haben wir wichtige Impulse zur Stabilisierung und auch Stärkung des wirtschaftlichen Aufschwungs unternommen.

In der Schlussrunde zum Haushalt 2007, am Freitag, 8. September 2006, sprach ich im Plenum. Hier finden Sie das Protokoll meiner Rede:

Petra Merkel (Berlin) (SPD):

„Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Ich möchte mit einem Lob auf die Kanzlerin in meine Rede einsteigen; denn wenn sie Recht hat, hat sie Recht.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Die Frau Bundeskanzlerin Merkel hat gesagt, dass sich Gerhard Schröder mit der Agenda 2010 um Deutschland verdient gemacht hat. Ich finde, es ist mutig und zeugt von Größe, dass die Bundeskanzlerin das anerkennt. Gerhard Schröder, Hans Eichel, die SPD, die Grünen und die CDU/CSU haben gemeinsam - auch wenn es schwierig war, im Bundesrat zu Kompromissen zu kommen; Herr Ramsauer sagt, sie hätten es hingebogen - die Weichen für eine umfangreiche Reform gestellt. Reformen brauchen im Gegensatz zu Gesetzen, die schnell verabschiedet und auf den Weg gebracht werden können, sehr viel Zeit, ehe sie Wirkung entfalten. Die Erfolge sind jetzt langsam spürbar.



Petra Merkel (SPD)
Mitglied des Deutschen Bundestages

An diesen Reformen waren zwei leider nicht beteiligt, und zwar auf der einen Seite die FDP und auf der anderen Seite Die Linke.

(Steffen Kampeter (CDU/CSU): Sehr wahr!

Sie haben sich davon verabschiedet. Das merkt man in allen ihren Beiträgen hier.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

Die große Koalition macht weiter. Zu Jahresbeginn hat sie mit dem Haushalt 2006 das zarte Pflänzchen Aufschwung unterstützt. Mehr als 400 000 Arbeitslose weniger, mehr sozialversicherungspflichtig Beschäftigte als im August letzten Jahres sind ein Indiz für den positiven Trend. Das macht Hoffnung.

Es war richtig, dass der Haushalt 2006 von einem Anschub für die Konjunktur geprägt war, zum Beispiel durch das 25-Milliarden-Euro-Impulsprogramm und die Hinnahme einer hohen Nettokreditaufnahme. Das CO₂-Gebäudesanierungsprogramm ist ein Renner. Es verbindet Maßnahmen zum Klimaschutz mit einem Programm für das Handwerk. Das ist eine Investition in die Zukunft. Übrigens, Herr Bonde, ist das ein Ergebnis von Genshagen.

(Beifall bei der SPD)

Der Vorschlag von Franz Müntefering, dass wir versuchen sollen, jetzt auch die öffentlichen Gebäude im Rahmen dieses Programms verstärkt energetisch zu sanieren, ist ein guter Vorschlag. Als weitere Beispiele nenne ich die zusätzlichen 6 Milliarden Euro bis 2009 für Wissenschaft und Forschung, die Hightechstrategie, durch die Ideen in Deutschland in Arbeitsplätze in Deutschland umgesetzt werden sollen.

Zum Erfolg gehört auch die Einhaltung des Maastrichtdefizitkriteriums bereits 2006 und, dass der Haushalt 2007 der in der Verfassung vorgeschriebenen Regelgrenze für die Kreditaufnahme - die Investitionen sollen über der Nettoneuverschuldung liegen - entspricht. Die anderen Haushalte waren übrigens auch verfassungsgemäß.

In den zukünftigen Investitionen ist ein Projekt enthalten, das für uns in der Region Berlin-Brandenburg und damit auch in den neuen Ländern, Herr Claus, erheblich wichtig ist, nämlich der Großflughafen Berlin Brandenburg International. Für dieses Investitions- und Entwicklungsprojekt ist der erste Spatenstich gemacht. Der Konsensbeschluss zwischen dem Bund, Berlin und Brandenburg zur Schließung der beiden innerstädtischen Flughäfen ist - trotz aller Spekulationen - gültig und nicht revidiert worden.

(Zuruf von der FDP: So ein Blödsinn!)

Der Bund wird die Anbindung des Flughafens zu einem großen Teil finanziell unterstützen und ist als Gesellschafter des BBI zusammen mit Berlin und Brandenburg mit im Boot. Es scheint trotz aller Verzögerungen sogar zu gelingen, dass die Errichtung dieses großen Flughafens weniger Zeit in Anspruch nimmt als die des Flughafens München, die damals 22 Jahre betrug. Wie dem auch sei: Diese Großinvestition dient der Region und damit auch den neuen Ländern. Der Bund ist mit erheblichen Mitteln dabei.

Die Steuergelder sprudeln; das ist nicht schlecht. Bereits in diesem Jahr sollen nach manchen Schätzungen 16 bis 18 Milliarden Euro zusätzlich an die Gemeinden, die Länder und den Bund fließen. Für den Bund wären das 3 bis 5 Milliarden Euro an Steuermehreinnahmen. Schon fragt die Presse: Was kann Steinbrück uns Gutes tun?



Petra Merkel (SPD)
Mitglied des Deutschen Bundestages

Schon fragt sich die ARD am 5. September dieses Jahres: Was macht Finanzminister Steinbrück mit dem vielen Geld?

(Joachim Poß [SPD]: "Morgenmagazin"!)

Meine Antwort darauf lautet: Er passt darauf auf. - Am besten setzen Sie sich darauf.

(Beifall bei der SPD)

Der Finanzminister muss Begehrlichkeiten abwehren, um das zu erreichen, was wir alle wollen. Wir wollen raus aus dem Teufelskreis von immer mehr Neuverschuldung, immer mehr Zinsausgaben und immer geringerer Handlungsfähigkeit des Staates. Das ist allerdings nicht nur Aufgabe des Finanzministers.

Das ist die Aufgabe jeder und jedes Einzelnen von uns

(Beifall bei Abgeordneten der SPD sowie des Abg. Otto Fricke [FDP])

in jedem Ausschuss, ob Fachausschuss, Haushaltsausschuss oder Finanzausschuss. Es ist sogar unabhängig davon, in welcher Partei man ist. Es ist auch Aufgabe der Ministerien und aller Verwaltungen.

(Otto Fricke [FDP]: Sehr wahr!)

Also bitte: Alle sind dafür verantwortlich.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der FDP)

Das angestrebte Ziel ist, die Nettokreditaufnahme bis 2010 auf 20 Milliarden Euro zu reduzieren. Wenn das schneller geht und die Nettokreditaufnahme geringer ausfallen kann, dann ist das umso besser. Aber wir sollten jetzt eher eine realistische Einschätzung abgeben, anstatt später unseren Vorgaben hinterher zu rennen. Insofern ist dieser Weg der richtige: runter mit der Nettoneuverschuldung, und das - da sind wir uns sicherlich alle einig - sobald wie möglich.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Der Schuldenstand in Deutschland beträgt 1 500 Milliarden Euro. Für den Bund beträgt er 950 Milliarden Euro inklusive Sondervermögen. Wir müssen immer wieder deutlich machen, dass das eine immense Zahl ist, deren Reduzierung für uns eine Kraftanstrengung sein wird. Es ist richtig, was Frau Merkel formuliert hat: Wir dürfen unsere Zukunft nicht verbrauchen. Dazu bedarf es eines Mentalitätswechsels. Ein Mentalitätswechsel braucht Zeit; das haben wir auch in Berlin gemerkt. Es wird ein anstrengender Weg werden.

Sehen wir uns die Zahlen des Haushaltsentwurfs für das Jahr 2007 an: Die Gesamtausgaben betragen 267 Milliarden Euro. Darin sind die Einnahmen aus der Mehrwertsteuererhöhung um einen Prozentpunkt in Höhe von 6,5 Milliarden Euro enthalten, die von der Bundesagentur für Arbeit zur Senkung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung verwendet werden. Ich finde, Herr Steinbrück hat sehr gut und plastisch geschildert, dass es sich hierbei um einen Betrag handelt, der lediglich durchgereicht wird,

(Otto Fricke [FDP]: Das gilt für fast alle Steuern!)

sodass die Ausgaben dieses Bundeshaushalts, verglichen mit dem Bundeshaushalt des Vorjahres, eigentlich niedriger sind. Auch das ist ein Aspekt der Konsolidierung.

(Otto Fricke [FDP]: Wollen Sie damit etwa sagen, dass auch der Rentenbeitrag nicht einzurechnen ist?)



Petra Merkel (SPD)
Mitglied des Deutschen Bundestages

Allerdings werden von den Gesamtausgaben in Höhe von 267 Milliarden Euro 122 Milliarden Euro allein für den Bereich Arbeit und Soziales ausgegeben werden, davon wiederum 78 Milliarden Euro für den Bundeszuschuss zur Rentenversicherung. Das ist ein großer Anteil. Dessen sind wir uns bewusst.

Die Einnahmen betragen insgesamt 245,6 Milliarden Euro; davon werden 214 Milliarden Euro aus Steuereinnahmen erzielt - ohne Nettokreditaufnahme. Diese Zahlen sprechen für sich. Es wird eine schwierige Aufgabe sein, den Bundeshaushalt so zu sanieren, dass wir unser Ziel erreichen, nämlich die Nettoneuverschuldung drastisch zu senken.

Die Mehrwertsteuererhöhung ist immer wieder Thema. Ich sage ganz deutlich: Sie ist einkalkuliert und beschlossen. Wir erleben täglich, dass sich viele Firmen schon im Vorfeld auf die Mehrwertsteuererhöhung einstellen, sie in ihren Planungen für die Zeit nach dem 1. Januar 2007 berücksichtigen und versuchen, davon zu profitieren. So wird zum Beispiel ein Neuwagen schon jetzt ohne 16-prozentige Mehrwertsteuer angeboten und eine große Lebensmittelkette garantiert ihren Kunden, ab dem 1. Januar 2007 keine Preiserhöhungen durchzuführen. Das gilt übrigens nicht für diejenigen Artikel, die mit dem reduzierten Mehrwertsteuersatz von 7 Prozent versteuert werden, sondern für diejenigen, die künftig mit 19 Prozent versteuert werden.

(Otto Fricke [FDP]: Genau! Für Mineralwasser, Babywindeln usw.!)

Das ist ein Indiz dafür, dass im Augenblick niemand von uns sagen kann, wie sich die Erhöhung der Mehrwertsteuer auf die Produktpaletten und auf die Ausgaben jedes Haushalts auswirken wird. Wir wissen nur, was sie für unseren Haushalt bedeutet: Mehreinnahmen von insgesamt 19 Milliarden Euro. Dabei muss immer wieder darauf hingewiesen werden, dass dieser Betrag nicht vollständig dem Bund zugute kommt. Dem Bund fließen die Einnahmen aus 1 Prozentpunkt Erhöhung zu, die Länder erhalten die Einnahmen aus 1 Prozentpunkt Erhöhung und die Einnahmen aus 1 Prozentpunkt Erhöhung werden zur Senkung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung verwendet. Durch die Senkung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung in Höhe von insgesamt 2 Prozentpunkten senken wir auch die Lohnnebenkosten. Es ist immer wieder wichtig, das zu betonen, insbesondere in Gesprächen mit Vertretern der Wirtschaft. Eines spielt hier immer wieder eine Rolle: Bei der Bundesagentur für Arbeit haben wir in diesem Jahr Mehreinnahmen in Höhe von mehr als 8 Milliarden Euro zu verzeichnen, was zumindest teilweise auf den Einmaleffekt eines zusätzlichen Monatsbeitrags der Bundesagentur zurückzuführen ist. Wenn allerdings angesichts der aktuellen Überschüsse Beitragssatzsenkungen gefordert werden, dann ist das für mich ein typischer Reflex, der sich zum Teil auch in unserer Debatte widergespiegelt hat. Einige meiner Koalitionskollegen sagen ja bereits, wo überall Erhöhungen dringend notwendig sind bzw. in welchen Bereichen keine Privatisierungen durchgeführt werden dürfen; das ist das alte Spiel. Wir müssen uns darum bemühen, den Haushalt im Zaum zu halten. Das geht uns alle an, auch die Mitglieder des Fachausschusses.

Erst wenn erkennbar ist, dass es verlässlich und dauerhaft Spielräume gibt, kann man über Beitragssatzsenkungen reden, allerdings nur dann. Wenn die Steuereinnahmen in den kommenden Jahren höher ausfallen als geplant, müssen wir sie für die



Petra Merkel (SPD)
Mitglied des Deutschen Bundestages

Haushaltssanierung verwenden; denn auch der Haushalt für das Jahr 2007 ist mit unbestreitbaren Risiken verbunden. Der Bereich "Arbeit und Soziales", die Zinsentwicklung - noch profitieren wir vom Niedrigzins - und die Mehrwertsteuererhöhung können noch Einfluss auf die Wirtschafts- und Haushaltsentwicklung haben. Wenn wir auf die von mir angesprochenen Forderungen, die in der einen oder anderen Etatberatung zu vernehmen waren, nicht eingehen, werden wir es schaffen, die Ausgaben zu senken.

Ich möchte noch auf einige andere Projekte zu sprechen kommen, für die der Haushalt 2007 steht. Als Beispiel nenne ich das Elterngeld.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Das ist eine gute Initiative von Frau von der Leyen!)

Nun wird für Frauen und Männer endlich die Möglichkeit geschaffen, das erste Jahr nach der Geburt ohne größere finanzielle Einbußen mit ihrem Kind verbringen zu können. Der Wiedereinstieg in den Beruf geht nach einem Jahr besser und reibungsloser. Allerdings müssen die Länder entsprechende Kinderbetreuungsangebote vorhalten; sie sind da in der Pflicht. Wir haben in der großen Koalition die mit dem TAG, dem Tagesbetreuungsausbaugesetz, begonnenen Programme zur Betreuung von Kindern unter drei Jahren fortgesetzt. Im Wege der Entlastung der Kommunen stellt der Bund die Finanzierungsgrundlage für den Ausbau der Kinderbetreuung bereit. Dass die CDU/CSU in der großen Koalition mit uns diesen Schritt gegangen ist und auch das erfolgreiche Ganztagschulprogramm mit uns weiterführt, freut uns und viele Familien.

(Beifall bei der SPD)

Das Land Berlin wird vom 1. Januar 2007 an für das letzte Kitajahr keine Gebühren mehr nehmen, und in den nächsten fünf Jahren sollen grundsätzlich keine Gebühren mehr für Kinder über drei Jahre erhoben werden - wie übrigens im armen Saarland schon üblich. Dann ist die Bildungseinrichtung Kindergarten mit dem Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz genauso kostenfrei wie die Schule. Damit wird das Land Berlin einen weiteren Schritt sowohl bei der Integration der Kinder von Migrantinnen und Migranten als auch bei der Bildung aller Kinder im Kindergartenalter tun. Wir erinnern uns: Im Sommer hat die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, Frau Professor Dr. Böhmer, mit Franz Müntefering und anderen einen Integrationsgipfel veranstaltet und Arbeitsgruppen eingesetzt. Für die Hauptstadt Berlin, für viele Städte in Deutschland und auch in Europa ist die Frage der Integration entscheidend. Es gibt nur eine Möglichkeit: Bildung, Bildung, Bildung, und das so früh wie möglich.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Das bedeutet, dass die Bildung in den Kindertagesstätten Vorrang haben muss.

(Wolfgang Wieland [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Warum haben Sie dann die Gebühren erst erhöht, Frau Kollegin Merkel?)

Ich möchte einen weiteren Bereich ansprechen: Wir sind alle froh, dass Bonn die Umwandlung zur Bundesstadt gut bekommen ist, dass Bonn blüht. Die Berichterstattung in der Presse in den letzten Tagen über eine Veränderung des Bonn/Berlin-Gesetzes ist allerdings vorschnell.

(Alexander Bonde [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Leider!)

Es gibt keinen derartigen Beschluss. Richtig ist allerdings, dass die Koalition im Haushaltsausschuss erneut die räumliche Aufteilung der Bundesregierung und der ihr



Petra Merkel (SPD)
Mitglied des Deutschen Bundestages

nachgeordneten Behörden daraufhin überprüfen wird, wie kurz- oder mittelfristig Effizienzgewinne erreicht werden können. Dazu gehören auch Neubaumaßnahmen. Sie können sich vorstellen, wofür mein Herz als BerlinerIn schlägt.

(Otto Fricke [FDP]: Für Deutschland, hoffe ich! - Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Für unser Land hoffentlich! Und für die Koalition!)

Ich finde es richtig, diese Aufteilung zu überprüfen.

Eine weitere Bemerkung: Der Bund finanziert in Kontinuität die Programme "Civitas" und "Entimon" des Aktionsprogramms "Jugend für Toleranz und Demokratie - gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus". Wie nötig diese Programme sind, zeigt die aktuelle Situation in Mecklenburg-Vorpommern und in Berlin.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Die brauchen eher eine neue Regierung!)

- Vorsicht, Vorsicht!

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Ich schweige!)

Sie alle wissen, dass am 17. September in Mecklenburg-Vorpommern und in Berlin Landtagswahlen stattfinden. In beiden Bundesländern werden derzeit erschreckende Erfahrungen gemacht mit Vertretern der NPD. Gezielte Störungen von Veranstaltungen, bis hin zu körperlicher Bedrohung und Androhung von Gewalt, können wir als Demokraten nicht akzeptieren.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU - Beifall bei der LINKEN)

Deshalb bitte ich alle Wahlberechtigten: Machen Sie Gebrauch von Ihrem demokratischen Recht auf Stimmabgabe. Viele von Ihnen, die jetzt stimmberechtigt sind, haben vor 17 Jahren auf eine freie, demokratische Wahl gehofft und sind dafür auf die Straße gegangen. Es liegt in Ihrer Hand, ob die NPD in die Parlamente einzieht. Bitte gehen Sie zur Wahl!

(Beifall bei der SPD)

Ich komme zum Schluss. Die Beratungen des Haushalts 2007 werden jetzt in den Fachausschüssen und im Haushaltsausschuss fortgesetzt. Ich bin sicher, dass wir alle sie in großer Verantwortung wahrnehmen werden. Ich hoffe auf viele Ideen, neue Einsichten, und wünsche uns allen viel Erfolg."

(Beifall bei der SPD sowie bei der CDU/CSU)

ECKPUNKTE ZUM HAUSHALT 2007

Hier finden Sie die Eckdaten und die wichtigsten Punkte zum Haushalt 2007 kurz zusammengefasst:

Wir haben mit dem Haushalt 2006 klar die Prioritäten auf die Unterstützung vor allem der Binnennachfrage gesetzt. Diese Strategie ist aufgegangen, wie die aktuellen Daten aus der Wirtschaft und vom Arbeitsmarkt zeigen:

- Das BIP ist im zweiten Quartal 2006 um 0,9 % gewachsen. Das ist der stärkste Zuwachs seit fünf Jahren.



Petra Merkel (SPD)
Mitglied des Deutschen Bundestages

- Der private Konsum wird nach Einschätzung der Gesellschaft für Konsumforschung (GfK) in diesem Jahr stärker steigen als erwartet. Die Jahresprognose der GfK ist von 0,5 % auf 0,7 % erhöht worden.
- Der Konjunkturfunkte ist endlich vom Export auf die Binnenkonjunktur übergesprungen. Vor allem die Bauwirtschaft und verstärkte Investitionen tragen zum Aufschwung bei.

Mit der erfreulichen wirtschaftlichen Entwicklung im Rücken können wir nun den Dreiklang aus Konsolidierung, strukturellen Reformen und Investitionen fortsetzen. Wir wollen und werden mit dem Haushalt 2007 zwei finanzpolitische Eckpfeiler, nämlich die Kreditaufnahme-Regelgrenze des Art. 115 GG und das Maastricht-Defizitkriterium erreichen und auch einhalten.

Aufgrund der aktuell sehr positiven Entwicklung der Steuereinnahmen auf allen Staatsebenen sieht es so aus, als werde es bereits in diesem Jahr gelingen, das gesamtstaatliche Defizit unter 3 % des BIP zu halten. Das wäre das erste Mal seit 2002 und ein weiterer Beleg dafür, dass wir mit unserer Doppel-Strategie Konsolidierung und Stärkung der Wachstumskräfte auf dem richtigen Weg sind.

Diesen Weg gehen wir auch mit dem Bundeshaushalt 2007 konsequent weiter:

- Wir wollen im kommenden Jahr die Nettokreditaufnahme gegenüber dem Haushaltssoll 2006 um rd. 16 Mrd. Euro senken. Das sind mehr als 40 %.
- Gleichzeitig stabilisieren wir die Investitionen des Bundes bei rd. 23,5 Mrd. Euro. Damit können wir die für die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Deutschland wichtigen Infrastrukturleistungen auf hohem Niveau halten.
- Und wir setzen den Weg fort weg von Vergangenheitssubventionen hin zu Zukunftsinvestitionen wie Forschung, Bildung und Familienförderung (z. B. Elterngeld). Das 25 Mrd.-Euro-Impulsprogramm wird 2007 verstärkt weitergeführt.

Das mittel- und langfristige Ziel bleibt ein ausgeglichener Bundeshaushalt. Eine schrittweise Konsolidierung bei gleichzeitiger Förderung von wirtschaftlichem Wachstum und Beschäftigung ist der richtige, aber schwierige Weg. Die aktuelle wirtschaftliche Entwicklung zeigt, dass dieses Konzept der Regierungskoalition aufgeht und nachhaltig wirkt. Die strukturelle Lücke zwischen dauerhaften Einnahmen und Ausgaben des Bundes soll auch weiter deutlich verringert werden. Nur ein konsolidierter Staatshaushalt garantiert auf Dauer einen starken handlungsfähigen Staat, den die Bürgerinnen und Bürger zurecht fordern.

Schwerpunkte des Haushalts

Die im Haushalt 2006 gesetzten Impulse für Wachstum und Beschäftigung werden 2007 fortgeführt, wichtige Zukunftsbereiche verstärkt gefördert. So sind die Maßnahmen des 25-Milliarden-Euro-Programms zur Förderung von Wachstum und Beschäftigung und im Rahmen dessen auch das 6-Milliarden-Euro-Programm zur Stärkung von Bildung und Forschung im Bundeshaushalt 2007 und im Finanzplan bis 2010 entsprechend berücksichtigt. Die Mittel des Bundesministeriums für Bildung und Forschung werden



Petra Merkel (SPD)
Mitglied des Deutschen Bundestages

gegenüber dem Vorjahr um rund 6 Prozent gesteigert. Der Bereich der Familienförderung wird mit der Einführung des Elterngeldes gestärkt. Die Investitionen für die Verkehrsträger Schiene, Straße und Wasserstraße für 2007 wurden aus den Mittel des 25-Milliarden-Euro-Programms aufgestockt. Insgesamt werden für die Jahre 2006 bis 2009 4,3 Milliarden Euro aus diesem Programm zur Verfügung gestellt.

Für das KfW-CO₂-Gebäudesanierungsprogramm stehen bis 2009 jährlich 1 Milliarde Euro Programmmittel bereit - 2006 sogar 1,5 Milliarden Euro. Damit intensivieren wir die energetische Gebäudesanierung, setzen nachhaltige Impulse für die Baukonjunktur und den wirtschaftlichen Aufschwung und leisten einen Beitrag zum Klimaschutz. Das Programm war in diesem Jahr so erfolgreich, dass die KfW-Mittel dafür bereits jetzt aufgebraucht sind.

Die Ausgaben für die Grundsicherung für Arbeitssuchende stellen aufgrund der immer noch hohen Langzeitarbeitslosigkeit einen großen Anteil am Bundeshaushalt. Für die Grundsicherung für Arbeitssuchende sind im Entwurf 2007 insgesamt 33,6 Milliarden Euro vorgesehen, davon 21,4 Milliarden Euro für das Arbeitslosengeld II. Ferner wird der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit Älterer weiterhin besondere Aufmerksamkeit gewidmet: Für die Beschäftigungspakte für ältere Arbeitnehmer stehen 232 Millionen Euro 2007 zur Verfügung.

Eckdaten des Haushalts

Der Haushaltsentwurf 2007 sieht Ausgaben in Höhe von 267,6 Milliarden Euro vor. Die Investitionen werden bei rund 23,5 Milliarden Euro stabilisiert. Vor allem die Infrastrukturleistungen des Bundes werden auf hohem Niveau verstetigt. Mit dem Haushaltsentwurf 2007 wird die Nettokreditaufnahme im Vergleich zu 2006 um rund 16 Milliarden Euro auf 22 Milliarden Euro vermindert. Sie liegt damit unter der verfassungsrechtlichen Regelgrenze des Artikels 115 Grundgesetz. Auch der Referenzwert des Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakts - das Maastricht-Defizitkriterium - wird eingehalten: Das gesamtstaatliche Defizit wird im Jahr 2007 deutlich unter 3 Prozent des BIP liegen. Die Steuereinnahmen werden nach dem Entwurf 2007 bei rund 214,5 Milliarden Euro liegen, rund 20,5 Milliarden mehr als im Haushalt 2006. Sonstige Einnahmen betragen 31,1 Milliarden Euro.

Die größten Einzeletats

Den größten Einzeletat hat mit knapp 122,17 Milliarden Euro (2006: 119,55 Milliarden Euro) das Bundesministerium für Arbeit und Soziales. Der zweitgrößte Etat ist die Bundesschuld (vor allem Zinsausgaben) mit etwa 40,46 Milliarden Euro (39,11 Milliarden Euro). Es folgen das Verteidigungsministerium mit knapp 28,4 Milliarden Euro (27,87 Milliarden Euro) und das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung mit 24,04 Milliarden Euro (etwa 23,74 Milliarden Euro).

Konsolidierung kein Selbstzweck



Petra Merkel (SPD)
Mitglied des Deutschen Bundestages

Solide Staatsfinanzen und ein verlässlicher Konsolidierungskurs können zur Verbesserung der Wachstums- und Beschäftigungsperspektiven beitragen und sichern die staatliche Handlungsfähigkeit auch in der Zukunft. Sie leisten einen Beitrag zu stabilen Preisen und niedrigen Zinsen und sie stärken das Vertrauen von Konsumenten und Investoren. Mit einem Bündel von Gesetzen und Einzelmaßnahmen werden Bund, Länder und Gemeinden bereits im Zeitraum von 2006 bis 2009 um fast 120 Milliarden Euro entlastet. Getragen wird der Konsolidierungsfortschritt einerseits durch Kürzungen auf der Ausgabenseite und andererseits durch den Abbau von Steuervergünstigungen und steuerlichen Sonderregelungen.

Im Interesse unserer Kinder und Enkel

Trotz der günstigen Konjunkturdaten und den voraussichtlichen Steuermehreinnahmen muss weiteren Ausgabenwünschen eine Absage erteilt werden. Die grundlegenden Probleme werden selbst durch die höheren Steuereinnahmen nicht gelöst. Der Staat (Bund und Länder) hat nach wie vor 1.500 Milliarden Euro Schulden und zahlt pro Jahr etwa 70 Milliarden Euro Zinsen. Aus diesem Grund muss auch an der Erhöhung der Mehrwertsteuer festgehalten werden, weil Bund und Länder auf ihre Punkte aus der Mehrwertsteuer nicht verzichten können. Der Bundeshaushalt und auch die Länderhaushalte müssen nachhaltig stabilisiert werden.

Aus dem Wahlkreis

Hier gebe ich Ihnen eine Einladung der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen Charlottenburg-Wilmersdorf weiter:

„ASF Frauen in der SPD Charlottenburg-Wilmersdorf

Wir laden Sie ein zu einem Diskussionsabend: In Charlottenburg-Wilmersdorf kandidieren viele Frauen für das Abgeordnetenhaus und die BVV. Diese Frauen bringen ein geballtes Potenzial an Kompetenz, Wissen und Lebenserfahrung mit, das sie für ihre politische Aufgabe einsetzen wollen.

Wir möchten Sie herzlich einladen, an diesem Abend mitzudiskutieren. Sie haben die Gelegenheit, unseren Kandidatinnen Ihre ganz persönlichen Fragen zu stellen

**Am Mittwoch, den 13. September 2006, 19.30 Uhr
„Frauenpower in Charlottenburg-Wilmersdorf!“,
Restaurant Charlottchen, Droysenstraße 1, Charlottenburg**

Was verstehen Sie unter Geschlechtergerechtigkeit?

Wie kann die Situation von Frauen auf dem Arbeitsmarkt verbessert werden?

Was tut der Bezirk für die bessere Intergration von Migrantenfamilien?



Petra Merkel (SPD)
Mitglied des Deutschen Bundestages

Ist der Vorschlag des Regierenden Bürgermeisters für eine kostenlose Kita hier der richtige Weg?

Diesen und anderen Fragen werden sich am Mittwoch, dem 13. September 2006 die Kandidatinnen der SPD Charlottenburg-Wilmersdorf für das Berliner Abgeordneten-Haus und für die Bezirksverordnetenversammlung stellen.

Darunter werden sein: Bezirksbürgermeisterin Monika Thiemen, BVV-Vorsteherin Dr. Marianne Suhr, Staatssekretärin Hella Dunger-Löper, und auch die bisherigen Abgeordneten Ülker Radziwill und Dr. Felicitas Tesch.

Wir freuen uns auf Sie!"

Dies und das

BILDUNGSVERANSTALTUNG MIT ERSTWÄHLERN

Im vergangenen Jahr war ein Kinobesuch und anschließender Diskussionsrunde mit Erstwählern der Einstieg in eine „Gesprächsrunde Jugend“. Eine erste Folgeveranstaltung fand im Frühjahr im Bundestag statt, in der sich herausstellte, dass die Jugendlichen insbesondere am Thema Bildung interessiert sind. Gerne übernahm ich die Anregung:

70 Jugendliche folgten letzte Woche meiner Einladung in den Bundestag und diskutieren bei der Veranstaltung **„Ohne Bildung ist kein Staat zu machen“** am **4. September 2006**, mit **Edelgard Bulmahn**, MdB, Bundesministerin für Bildung und Forschung a. D, **Stephan Schwarz**, Präsident der Handwerkskammer Berlin und **Prof. Dr. Kurt Kutzler**, Präsident der TU Berlin über Schule und Studium, Berufsaussichten und Berufswünsche.

Außerdem standen als kompetente Gesprächspartner von der Berliner Landesebene: **Daniel Cammann**, stellvertretender Landesvorsitzender der Jusos Berlin, **Christian Gaebler**, MdA, Mitglied im Ausschuss für Wissenschaft u. Forschung, und **Frank Jahnke**, MdA, Sprecher für berufliche Bildung zur Verfügung.

Besonders leidenschaftlich diskutierten die Jugendlichen den Zusammenhang zwischen Bildungschancen und sozialer Herkunft. Ein weiteres wichtiges Thema war der Zustand und die Ausstattung der Berliner Schulen. Ursprünglich sollte die Veranstaltung 1,5 Stunden dauern – nach 2,5 Stunden waren die Teilnehmerinnen und Teilnehmer aber immer noch so diskussionsfreudig, dass ich die Diskussionsrunde weiterführen werde.

Workshop – Frauen machen Politik

Die Bundeszentrale für politische Bildung veranstaltet gemeinsam mit der EAF (Europäische Akademie für Frauen in Politik und Wirtschaft Berlin e.V.) einen Workshop



Petra Merkel (SPD)
Mitglied des Deutschen Bundestages

„Frauen machen Politik! Den Einstieg professionell meistern). Vom 13. bis 15. Oktober 2006 werden politisch interessierte Frauen, Frauen, die am Beginn eines politischen Engagements stehen und ein politisches Amt übernehmen wollen oder sogar schon übernommen haben und politisch aktiv sind mit wichtigem Handlungswissen ausgestattet. Weitere Information zum genauen Programm, Veranstaltungsort und Kosten finden Sie unter:

<http://eaf.vcat.de/content/0/392/393/432/447/>

Weltkindertag im Betrieb – Kinder besuchen ihre Eltern am Arbeitsplatz

Eine Aktion des Berliner Bündnisses für Familie

Elf Berliner Unternehmen und Institutionen öffnen rund um den Weltkindertag am 20. September 2006 ihre Türen für die Kinder ihrer Beschäftigten und haben umfangreiche Aktionen für Kinder im Grundschulalter vorbereitet. Kinder sollen den Arbeitsplatz von Mutter oder Vater kennen lernen, erste Einblicke in die Arbeitswelt erhalten. Gleichzeitig hoffen die teilnehmenden Betriebe einen guten Einfluss auf das Arbeitsklima. Bei der Deutschen Rentenversicherung Bund können die Kinder einen Rundgang durch die Poststelle machen, in der Kantine essen und eine Feuerlöschübung mit der Berliner Feuerwehr mitmachen. Bei der Johanniter Unfallhilfe steht ein kindgemäßer Erste Hilfe-Kurs auf dem Programm und der DGB-Bundesvorstand lädt zum Parcours durchs Haus und zum Grillfest, bei dem der DGB-Vorsitzender Sommer persönlich den Kindern eine Urkunde überreichen wird. „Wir beteiligen uns an dieser Aktion, weil wir unsere Beschäftigten auch als Eltern unterstützen wollen und sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an diesem Tag auch untereinander anders erleben können; das stärkt die Zusammenarbeit“, so der Tenor der aktiven Unternehmen.

Informationen zum Aktionstag unter Telefon: 030-21 75 13 71, Roland Geiger, Jugend- und Familienstiftung des Landes Berlin

Erste Informationen zum Berliner Bündnis für Familie finden Sie unter www.berliner-buendnis-fuer-familie.de

Termine

Bürgersprechstunde

Meine nächste Bürgersprechstunde findet statt am Freitag, den **15. September 2006** von 16.00 bis 18.00 Uhr in meinem Wahlkreisbüro in der Goethestraße 80, 10623 Berlin statt. Bitte melden Sie sich telefonisch unter 313 88 82, wenn Sie Interesse an einem Termin haben.



Petra Merkel (SPD)
Mitglied des Deutschen Bundestages

17. September 2006 - Wählen gehen!!!

Am 17. September 2006 sind Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus und zur Bezirksverordnetenversammlung. Klaus Wowereit ist unser Spitzenkandidat für Berlin und für Charlottenburg-Wilmersdorf. Umfragen sind keine Wahlergebnisse: Deshalb: wer Wowereit will, muss wählen gehen und SPD wählen!

Ausstellungseröffnung in der Goethe80

Am Freitag, den **22. September 2006, von 17.00 bis 19.00 Uhr** wird in meinem Wahlkreisbüro, Goethestr. 80, 10623 Berlin, die **Ausstellung „Listros – a dream in a box“** mit Dawit Shanko von Listros e.V. eröffnet. Schauen Sie doch vorbei und gewinnen Sie mittels Fotos, Bildern und Skulpturen einen Einblick in die Lebenswirklichkeit äthiopischer Kinder und einer ungewöhnlichen Art von „Entwicklungshilfe“.

Listros bedeutet Schuhputzer in einer äthiopischen Amtssprache – und die kleine Schuhputzbox ermöglicht den Schuhputzer, die Familie zu ernähren und sich sogar kleine Wünsche zu erfüllen.

GESPRÄCHSRUNDE ZU LISTROS

Am Montag, den **23.10.2006**, veranstalte ich von 18.00 - 20.00 Uhr eine Gesprächsrunde mit der Parlamentarischen Staatssekretärin im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Karin Kortmann, und entwicklungspolitischen Institutionen bei Listros e.V. Kurfürstenstr. 33. Hier werden wir die Möglichkeit haben, das Projekt ausgiebig zu diskutieren. Bitte melden Sie sich an, wenn Sie teilnehmen möchte!

Tagesfahrten

Am Mittwoch, den 4. Oktober und am Dienstag, den 14. November 2006 veranstalte ich zwei politische Tagesfahrten. Wenn Sie gerne dabei wären und einen Tag lang das politische Berlin erleben wollen – ein Besuch des Bundestages samt Gespräch mit mir steht immer auf dem Programm – melden Sie sich in meinem Büro! Die Fahrten beginnen um ca. 8.00 Uhr und enden um ca. 20.00 Uhr. Es besteht die Möglichkeit, die Teilnahme als politischen Bildungsurlaub anerkennen zu lassen.